

Der G-20-Gipfel hat Hamburg durcheinander gewirbelt. Und das mit Ansage. Die jetzige Diskussion, wer an was Schuld hat - wir können sie uns sparen. Von Bedeutung ist es weder in der Welt, nicht mal in der Republik. Die Bilder der Krawalle haben - wieder mal - die Deutungshoheit erlangt. Das war auch in anderen Metropolen so. Das war absehbar, bekannt und wieder auch das Ziel der Krawalle. Diese Diskussion sollten die G-20-Eliten führen.

Was aber ist von Bedeutung für Hamburg? Nicht mal die Frage, ob die Rote Flora ein rechtsfreier Raum ist oder war. Denn zumindest zur Zeit des G20-Gipfels war halb Hamburg ein Raum im Ausnahmezustand. So ist es eben, wenn die Staatsraison Vorrang hat. Und es erklärt sich von selbst, dass der Schutz von Staatsoberhäuptern Vorrang vor den Bürger*innen hat. Ob man es mag oder nicht. Auch das ist also keinen Streit wert.

Wohl aber, dass wir alle in eine Auseinandersetzung getrieben wurden, die wir nicht freiwillig führen. Relevant ist also viel mehr die Frage, warum Hamburgs Elite diesen Gipfel wollte? Warum will Hamburg „internationale Reputation“ und nimmt billigend und ohne Diskurs in Kauf, dass seine Bürger*innen aus ihrem Alltag gerissen und zwangsläufig in eine Diskussion verwickelt werden, wie wir eigentlich in einer Metropole leben wollen?

Olympia war schon so ein Versuch. Und es ist nicht von der Hand zu weisen, dass es wohl einen Zusammenhang zum G-20-Gipfel gibt. Dass nämlich ein „Deal“ beabsichtigt war. „Gib Du mir finanzielle Unterstützung für Olympia, dann machen wir in Hamburg den G-20.“ Beides scheiterte und auf diese Frage wird nicht ernsthaft eine Antwort zu erwarten sein. Hamburger*innen sollten sich aber durchaus fragen: wollen wir die Stadt für andere oder für uns, unseren Alltag, unsere Routine unsere Lebensqualität und Kultur? Vielleicht ist unsere eigene Lebensform in Hamburg - mit Roter Flora und Elbphilharmonie nebeneinander - viel attraktiver im „Weltbild“ als der zwanghafte Drang nach größer, besser, toller. So aber wird vor allem eines passieren: die Resignation zu politischer Partizipation wird noch stärker. Das Vertrauen in die Gewählten weiter schwinden.

